

Bulgarien

Johanna Deimel

Bulgarien hat viele Schlagzeilen produziert und innerhalb der europäischen Gemeinschaft für zahlreiche Irritationen und Bedenken gesorgt. Ein Vorgang, der die EU-Kommission auf den Plan gerufen hatte, war die Nominierung von Veneta Markoska für das Verfassungsgericht im Oktober 2012. Ihre Wahl war in zweifacher Hinsicht bedenklich, als sie zum einen ohne Parlamentsdebatte erfolgte. Der zweite Grund, weshalb sich Brüssel in klaren warnenden Worten an die Regierung in Sofia wandte war, dass Markovska Verbindungen zu mafiösen Strukturen nachgesagt wurden. In ungewöhnlich scharfem Ton gab die EU-Kommission ihrer Besorgnis über die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts Ausdruck und drohte, den eigentlich erst für Dezember 2013 vorgesehenen Bericht über das „Kooperations- und Kontrollverfahren“ im Bereich des Justizwesens, dem Bulgarien seit seinem EU-Beitritt 2007 nach wie vor unterliegt, vorzuziehen. Schon der letzte Bericht vom 18. Juli 2012 war für das Land ein Desaster und legte viele gravierende Mängel offen.¹ Veneta Markovska hat dem Druck auch aus Brüssel nachgegeben und ihre Kandidatur zurückgezogen. Die Nominierung aber illustrierte einmal mehr, wie sehr die Exekutive des Landes versucht, auf die Judikative Einfluss zu nehmen. Das Vertrauen in eine unabhängige Justiz ist selbst bei den Bulgaren kaum vorhanden. Transparency International Global Corruption Barometer 2013 zufolge, gelten das Justizwesen und politische Parteien zu den korruptesten Einrichtungen in den Augen der bulgarischen Bevölkerung. Eine Einschätzung, die im Juni 2013 vom bulgarischen Meinungsforschungsinstitut Alpha Research bestätigt wurde, wonach sowohl Gerichte als auch die Staatsanwaltschaft von 43% der Befragten negativ bewertet wurden.²

Wieder vertagt wurde Bulgariens Aufnahme in den Schengenraum. Am 7. März 2013 entschieden die EU-Innenminister, wohl hauptsächlich auf Wunsch Deutschlands und der Niederlande, über die Aufnahme des Landes erst Ende 2013 erneut zu beraten. Wenngleich auch für Bulgarien (wie Rumänien) ab 2014 die EU-Freizügigkeitsregeln gelten, sind die Befürchtungen vor Migrationswellen groß. Vor allem der britische Premier David Cameron hatte in einer Grundsatzrede zur Einwanderungspolitik im März 2013 in Ipswich erklärt, er werde das soziale Wohlfahrtsystem seines Landes gegen Missbrauch – von bulgarischen und rumänischen Immigranten – schützen.³ Cameron hat damit auch dem deutschen Innenminister Hans-Peter Friedrich entsprochen, der sich ähnlich geäußert hatte, denn viele deutsche Städte klagen über einen großen Zuzug von Armutsmigranten aus Bulgarien und Rumänien. Migration und „brain drain“ sind allerdings auch für das Land selbst ein Problem. Eine Erhebung von Eurostat und des Bulgarischen Nationalen Statistischen Instituts, deren Ergebnisse von dem Online-Portal Novinite.com Ende August 2012 veröffentlicht wurden, hat ergeben, dass jährlich zwischen 20.000 und 25.000 junge Bulgaren im Alter zwischen 25-39 Jahren emigrieren und sich 37% der Bulgaren eine Arbeit außerhalb ihres Landes suchen wollen.⁴

1 http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2012_411_de.pdf

2 http://alpharesearch.bg/userfiles/file/Public_opinion_AR_June_2013.pdf

3 <http://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-21921089>

4 http://www.novinite.com/view_news.php?id=142767

Skandale über Skandale

Unglaubliches spielte sich am 18. Januar 2013 auf dem nationalen Parteikongress der vornehmlich von Türken gewählten „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS) ab, auf dem Ahmed Dogan, der die Partei seit ihrer Gründung führte und zu den zentralen politischen Figuren Bulgariens seit der Wende zählte, seinen Rückzug vom Parteivorsitz verkündete. Während Dogan am Rednerpult stand, wurde er von einem Mann angegriffen und mit einer – wie sich später herausstellte – Gaspistole bedroht. Nachdem der Angreifer überwältigt wurde, ist Dogan zum Ehrenvorsitzenden der DPS und Ljutvi Mestan zum neuen DPS-Vorsitzenden gewählt worden. Der Attentatsversuch hat nicht nur wilde Spekulationen über das Motiv ausgelöst. Es hat auch das Europaparlament auf den Plan gerufen, das sich veranlasst sah, am 6. Februar 2013 über den Stand der Demokratie Bulgariens zu diskutieren – wobei die Besorgnis über die Verschlechterung des politischen Klimas breit über die Fraktionsgrenzen hinweg geteilt wurde.⁵

Kurz vor den vorgezogenen Parlamentswahlen am 12. Mai 2013 machte Bulgarien durch weitere Skandale auf sich aufmerksam. Der bis zu seinem Rücktritt am 21. Februar 2013 amtierende Ministerpräsident Bojko Borisov von der populistischen Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB) erklärte urplötzlich, dass er über „ausländische Geheimdienste“ an Unterlagen gekommen sei, die belegten, dass Ahmed Dogan ein Attentat auf ihn geplant habe. Der Vorwurf hatte sich zwar „als nicht gerichtsfest“ erwiesen,⁶ die Anschuldigung als solche aber bleibt für ein EU Mitgliedsland ungeheuerlich und lässt ein weiteres Mal mehr den schlechten Zustand der politischen Kultur in Bulgarien erkennen.

Der nächste Skandal ließ nicht lange auf sich warten. Wieder einmal ging es um Abhöraffaires. Ende März 2013 übergab der Vorsitzende der Sozialistischen Partei (BSP), Sergej Stanišev, Protokolle von illegalen Abhörmaßnahmen zwischen 2009-2013 an führenden Politikern, Geschäftsleuten und Beamten an den bulgarischen Generalstaatsanwalt. Vor allem der Innenminister der GERB-Regierung Cvetan Cvetanov kam in Bedrängnis, da die Abhörmaßnahmen ohne richterlichen Beschluss erfolgten. So auch ein weiteres heimlich in der Privatwohnung des Ministerpräsidenten Borisov aufgezeichnetes Gespräch zwischen dem damaligen Premier Borisov, dem Landwirtschaftsminister Miroslav Najdenov und des bereits zum Zeitpunkt der Aufzeichnung nicht mehr amtierenden Sofioter Staatsanwalts, Nikolaj Kokinov, das Ende April 2013 in die bulgarischen Medien gelangte.⁷ Der Skandal gipfelte in der Erklärung Najdenovs, dass der Innenminister nicht nur die Opposition, sondern auch die Regierung abhören ließ. Es ist Markus Bernath zuzustimmen, der dazu schrieb: „Das Erschütternde, das aus den Abhörprotokollen der früheren Machthaber spricht, ist das endlos Vulgäre, ihr Zynismus, den kein Schimmer von Unrechtsbewusstsein trübt: Bojko Borisovs Bulgarien wurde – oder wird vermutlich noch – wie eine private Sicherheitsfirma geführt“⁸. Nach dem Regierungswechsel Anfang Juni 2013 wurde die Immunität Cvetanovs aufgehoben und ein Verfahren gegen ihn eingeleitet.

Aber nicht nur die GERB-Regierung, sondern auch die ihr Mitte Mai 2013 nachfolgende BSP-DPS-Regierungskoalition unter dem neuen Premier Plamen Orešarski hat ihr Machtmonopol auszunutzen versucht, und mit der Berufung des nur 32-jährigen DPS-Abgeordneten Deljan Peevski zum Geheimdienstchef einen Sturm der Entrüstung ausge-

5 <http://www.euractiv.com/future-eu/parliament-debates-state-democra-news-517633>.

6 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/wahlen-in-bulgarien-da-kann-man-sagen-was-man-will-12179352.html>.

7 http://www.dnevnik.bg/izbori2013/2013/05/10/2055281_skandalut_zad_skandalite/.

8 DER STANDARD, 2.5.2013.

löst. Seither protestierten Tausende in Sofia und forderten die sofortige Rücknahme der Berufung und Neuwahlen. Peevski, skandalträchtiger Sohn einer einflussreichen Medienmagnatin mit nachgesagten Verbindungen zur organisierten Kriminalität, war der Wunschkandidat des BSP-Vorsitzenden Stanišev. Verschärft wurde die in einem coup d'état im Parlament durchgepaukte umstrittene Berufung dadurch, dass kurz vorher die Anforderungen an diesen Posten so geändert wurden, dass Peevski trotz seines defizitären Erfahrungshintergrunds dafür „geeignet“ wurde. Sogar EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso äußerte anlässlich seines Besuchs am 21. Juni 2013 in Sofia „Bedenken nicht nur der bulgarischen Gesellschaft, sondern der Europäischen Partner Bulgariens, insbesondere wegen der kontroversen Ernennung des Leiters des Geheimdienstes“⁹. Seine Nominierung wurde dann aufgrund der nationalen wie internationalen Proteste zurückgezogen.

Energiepreise und Belene

Völlig überraschend hat die Regierung Borisov Ende März 2012 nach fast 33 Jahren der Vorbereitungen das Aus für den Bau des Atomkraftwerks Belene beschlossen.¹⁰ Die BSP-Regierung Stanišev hatte 2008 anlässlich des Besuchs von Putin in Sofia den Vertrag zum Bau unterzeichnet. Die Sozialisten, die sich sehr für den Bau eingesetzt und mit der russischen Firma Atomstrojexport den Bau von Belene in zwei Blöcken vereinbart hatten, initiierten nach dem Aus eine Unterschriftensammlung gegen den Beschluss und setzten ein Referendum durch. Bei der ersten Volksbefragung nach 1989 sollten die Bürger am 27. Januar 2013 die Frage beantworten, ob sie die Entwicklung der Kernenergie in Bulgarien durch den Bau eines neuen Atommeilers unterstützen. Zum Glück für die Mitte-Rechts-Regierung scheiterte das Referendum an den Bürgern selbst, die mehrheitlich nicht an die Urnen gingen und so das Volksbegehren an einer zu geringen Wahlbeteiligung (nur 20%) ins Leere laufen ließen. Mitte Februar, wenige Tage nach dem Referendum wurden die Stromrechnungen des seit der Privatisierung des Energiebereichs 2004 auf dem bulgarischen Markt aktiven tschechischen Energieversorgers CEZ zugestellt. Landesweite Massenproteste waren die Folge. Bei einem Durchschnittseinkommen von 387 Euro und 150 Euro Durchschnittsrente sahen sich viele Bulgaren nicht in der Lage, die Rechnungen zu begleichen. Während die Demonstranten zunächst ein Moratorium für die Strom- und Heizkosten forderten, weitete sich ihr inhaltlicher Protest immer weiter aus bis hin zu einer Fundamentalkritik am bestehenden wirtschaftlichen und politischen System.

Politische Krise trotz Neuwahlen

Am 20. Februar 2013 erklärte Ministerpräsident Borisov überraschend den Rücktritt der Regierung.¹¹ Landesweite Proteste in seit der Wende 1989 nie dagewesenem Ausmaß und Selbstverbrennungen haben das Land in Aufruhr gebracht und Bulgarien in eine tiefe politische Krise gestürzt. Borisov, der sein Image als hemdsärmeliger Macher gepflegt hatte, war offensichtlich von der Wucht der Proteste derart überrascht und verängstigt, dass er mit dem Regierungsrücktritt vorgezogene Neuwahlen (die regulären hätten im Juni stattfinden sollen) am 12. Mai 2013 nötig machte. Sein politisches Kalkül dabei dürfte gewesen sein, weiteren Schaden von GERB abzuwenden, da die Proteste zwar aufgrund der hohen Strompreise ausgelöst wurden, die Demonstranten aber zunehmend gegen die

9 http://www.setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/features/setimes/features/2013/06/27/feature-00.

10 http://www.capital.bg/politika_i_ikonomika/bulgaria/2012/03/28/1796972_bulgariia_se_otkazva_ot_aec_belene/.

11 <http://www.dw.de/bulgariens-regierungschef-gibt-amt-auf/a-16613748>.

„Verquickung von politischer und wirtschaftlicher Macht“ auf die Straße gingen.¹² Eine 17-köpfige Interimsregierung unter dem Diplomaten Marin Rajkov führte vom 13. März 2013 an bis zu den Neuwahlen die Geschäfte.

Wenige Tage vor der Parlamentswahl kam es zu massiven Vorwürfen von Wahlfälschung, als in einer Druckerei, dessen Besitzer Gemeinderatsmitglied der GERB-Partei war, 350.000 gefälschte Wahlzettel von der Polizei sichergestellt wurden. Zur Wahl in die 240 Abgeordnete umfassende Bulgarische Nationalversammlung stellten sich insgesamt 38 Parteien und sieben Wahlbündnisse. Mit der niedrigsten Wahlbeteiligung seit dem Ende des Kommunismus von nur 51,33% schafften es gerade drei Parteien und die BSP geführte „Koalition für Bulgarien“, die Vierprozenthürde zu überwinden und in das Abgeordnetenhaus einzuziehen:

Wahlergebnis der Parlamentswahlen vom 12. Mai 2013¹³

| Partei / Koalition | Stimmenanteil | Veränderungen (2009) | Abgeordnete | Sitze + / - |
|-------------------------|---------------|----------------------|-------------|-------------|
| GERB | 30,54% | -9,18% | 97 | -20 |
| Koalition für Bulgarien | 26,61% | +8,95% | 84 | +44 |
| DPS | 11,31% | -3,14% | 36 | -1 |
| Ataka | 7,3% | -2,06% | 23 | +2 |
| Sonstige | 24,24% | | | |

Quelle: Zentrale Wahlkommission.

Das Wahlergebnis brachte keine Klärung. Fast ein Viertel der Wähler haben ihre Stimme Parteien gegeben, die am Quorum scheiterten, darunter für viele überraschend die ehemalige bulgarische EU-Kommissarin Meglena Kuneva, die mit ihrer „Bewegung Bulgarien den Bürgern“ mit nur 3,25% den Einzug ins Parlament verfehlte. Obwohl GERB die meisten Stimmen erhielt, weigerten sich alle anderen Parteien, mit GERB in eine Koalition einzutreten. Dies führte zu der bizarren Situation, dass die Sozialisten mit der DPS (zusammen 120 Sitze) die Regierung bildeten, jedoch für die notwendige Mehrheit in der Nationalversammlung auf die Tolerierung und Unterstützung der rechtsextremen Ataka angewiesen sind. BSP-Chef Stanišev, der auch den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei Europas innehat, lehnte für sich die Übernahme des Postens des Regierungschefs ab. Seit 29. Mai 2013 führt der parteilose (aber Premier von Staniševs Gnaden) Plamen Orešarski die Regierungsgeschäfte. Nur kurz nach seiner Amtsübernahme begannen die Bürger Sofias wegen der Nominierung von Peevski zum Geheimdienstchef erneut auf die Straße zu gehen. Weitgehend unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit hielten die Proteste bis zur Sommerpause an. Sie sind, bis auf einmal, gewaltfrei verlaufen – zumindest seitens der Demonstranten. Der Unterschied zu bisherigen Protesten (mit Ausnahme derer Ende Januar/Februar 2013) ist, dass es sich um eine Fundamentalkritik am bisherigen politischen System, am (Zu-)Stand der Demokratie in Bulgarien handelt. Schlechte persönliche Lebensumstände, hohe Jugendarbeitslosigkeit und keine wirkliche Zukunftsperspektive vieler Bürger treffen auf einen als Selbstbedienungsladen begriffenen politischen Apparat. In jedem Fall haben die Demonstrationen eine Katharsis eingeleitet. Bulgarien ist heute anders als noch vor wenigen Monaten, Bulgarien ist in Bewegung geraten und hat alle Chancen, vielleicht erst jetzt einen wirklich demokratischen Wandlungsprozess, eine Änderung der politischen Kultur zu starten.

12 Siehe die ausgezeichnete Analyse von Regine Schubert: *Wohin steuert Bulgarien? Das Land zwischen Massenprotesten und Neuwahlen*; Friedrich Ebert Stiftung, Mai 2013.

13 Centralna izbiratelna komisija; <http://results.cik.bg/pi2013/rezultati/index.html>.